

## Südkoreas Innenpolitik 2000/2001: Schwerpunkte und Tendenzen

Pohl, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GIGA German Institute of Global and Area Studies

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohl, M. (2001). Südkoreas Innenpolitik 2000/2001: Schwerpunkte und Tendenzen. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 25-44. <https://doi.org/10.11588/kjb.2001.0.2594>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

# Südkoreas Innenpolitik 2000/2001: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

## 1 Halbzeit in der Amtsperiode Präsident Kim Dae-jungs

Präsident Kim Dae-jung konnte im Jahr 2000 „Halbzeit“ seiner fünfjährigen Amtszeit feiern. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises erreichte seine internationale Anerkennung einen Höhepunkt, und das Gipfeltreffen mit Nordkoreas Führer Kim Jong-il hatte zweifellos historische Bedeutung. So stieg auch in Südkorea die Popularität des Präsidenten vorübergehend wieder an. Phasenweise war die Popularitätskurve Kim Dae-jungs unter 50% gesunken, in der zweiten Hälfte 2000 erreichte sie wieder über 70%. Die Wirtschaftsdaten in dieser Phase zeigten positive Tendenzen, wenn auch die Gefahr einer weiteren Währungs- und Finanzkrise nicht gebannt war. Der Amtsantritt Kim Dae-jungs war begleitet von überschwänglicher Zustimmung, „with all the expectation of an over-hyped movie“ – bis Anfang 2001 war die Popularität des Präsidenten um mindestens 60 Prozentpunkte abgestürzt. Diese Kurve entspricht durchaus dem Muster, das auch die Regierungszeit der anderen demokratisch gewählten Präsidenten begleitete: ein Schwingen zwischen übersteigerten Erwartungen und tiefer Enttäuschung.<sup>1</sup>

Kritische Beobachter werteten die Amtsführung Kims als falsch orientierten Managementstil: Er wende sich zu sehr einzelnen Aufgaben zu und verliere sich im Detail, statt seine Minister zu führen und ihnen Entscheidungsverantwortung zuzuweisen. Es fehle ihm die Unterstützung unter Südkoreas Intellektuellen, lautet eine andere Kritik, kaum verwunderlich, wenn man bedenkt, wie gespannt sein Verhältnis zu den Medien ist (s.u.). Die intellektuelle Elite Koreas wirft dem Präsidenten vor, in seine Kabinette bevorzugt Ministerialbeamte zu berufen, zu denen er persönliche Beziehungen hat. Schließlich habe der Präsident ein deutliches Defizit bei der Koordination der Arbeiten zwischen Ministerien und Behörden.<sup>2</sup> Im Sommer 2000 wurden bereits die wichtigsten Kritikpunkte vorgebracht, die auch Anfang 2001 wieder auftauchten: Die Regierung Kims mischt sich zu stark in die Maßnahmen zu Finanzreformen und in die Lokalpolitik ein, sucht unnötig die Konfrontation mit den Medien und nutzt offenkundig die Politik gegenüber Nordkorea bereits zu Wahlkampfzwecken. Zugleich diskriminiert sie die Opposition, indem sie behauptet, der

---

<sup>1</sup> Michael Breen, “Can Kim Avoid Curse of Opinion Polls?”, in: *Korea Times*/Internet, 26.2.2001. Der Autor ist Managing Director der PR-Firma Merit/Burston Marsteller, die insbesondere in Korea aktiv ist.

<sup>2</sup> Im Hyug-baeg, “Modus Operandi of State Affairs Needs to Be Revamped”, *Chosun Ilbo*, 10.7.2000, zit. in: *Korea Focus* 8, 4 (July-August 2000), S.132-134. Im lehrt Politikwissenschaft an der Korea University.

Wahlsieg eines Oppositionskandidaten würde die Kontinuität in der Politik gefährden.<sup>3</sup> Manchen kritischen Beobachtern stellte sich Kim Dae-jung 2000 zu sehr als Parteipolitiker oder „factional fighter“ dar; es wurde ihm empfohlen, gerade nach der Verleihung des Friedensnobelpreises, verstärkt eine Mittlerrolle zwischen MDP und oppositioneller GNP einzunehmen, er werde damit keinesfalls die Erwartungen seiner Anhänger enttäuschen.<sup>4</sup>

Kim und die Millennium Democratic Party (MDP) mussten lange mit einer stärkeren parlamentarischen Opposition zurecht kommen, die bis Februar 2001 in der Nationalversammlung die Mehrheit der Sitze kontrollierte (*Korea Now/KN*, 9.9.2000: 13). Zu Beginn des Jahres 2001 aber schien sich das Mehrheitsverhältnis im Parlament zu verschieben: Die winzige Democratic People's Party (DPP) unter Führung von Kim Yoon-hwan bot MDP und ULD ein Bündnis im Parlament an: Die zwei DPP-Abgeordneten würden zusammen mit den 115 MDP-Parlamentariern und 20 ULD-Abgeordneten eine Mehrheit von 137 Sitzen zusammenbringen (Gesamtsitze: 273); diese Mehrheit sollte nach Vorstellung Kim Yoon-hwans von Fall zu Fall kooperieren – die GNP war in heller Aufregung (*Korea Times/KT/Internet*, 22.2.2001). Hinter dem Bündnisangebot der DPP stand nicht zuletzt die Hoffnung, einen Kabinettsposten zu gewinnen, so dass im Februar Gerüchte von einer Kabinettsumbildung laut wurden (*KT/Internet*, 25.2.2001).

Die GNP wurde in dieser Situation einer wachsenden Zerreißprobe ausgesetzt: Parteichef Lee Hoi-chang schien die Kontrolle über die Partei zu verlieren, er zeigte deutliche Führungsschwäche. Die Opposition litt unter den Korruptionsvorwürfen der Regierung und den Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, die Kritik, die Lee gegen die MDP und den Präsidenten vorbrachte, fand nicht den gewünschten Widerhall in der Bevölkerung, und angesichts einer zunehmend konservativen Haltung der GNP drohten liberale Politiker damit, die Partei zu verlassen. Schließlich büßte Lee in dem Maße mit der GNP an politischem Gewicht ein, in dem die MDP neue Bündnisse im Parlament aufbauen konnte; auch einige GNP-Abgeordnete zeigten sich offen für das Werben der MDP um Überläufer, wenn auch die MDP bestritt, Spaltungsarbeit zu betreiben (*KT/Internet*, 25.2.2001). Zum Zeitpunkt dieser Übersicht wurde ein Wechsel in der Führungsriege der GNP erkennbar, mit dem Lee „Deserteure“ aufhalten wollte, indem er ihnen Führungsstellen anbot (*KT/Internet*, 7.3.2001).

Die überaus erfolgreiche Bürgerbewegung gegen die Wahl korrupter Politiker, die in den letzten Parlamentswahlen vom April 2000 zur Niederlage zahlreicher belasteter Politiker in ihren Wahlkreisen führte, ist vom Obersten Gerichtshof im Januar 2001 als Verstoß gegen das Wahlgesetz erklärt worden. Führende Vertreter der Bewegung in den Regionalorganisationen wurden zu Geldstrafen von umge-

<sup>3</sup> Hong Joon-Hyung, „Tasks Facing the Incumbent Administration“, *Munhwa Ilbo*, 9.8.2000, zit. in: *Korea Focus* 8, 4 (July-August 2000), S.134-136. Prof. Hong lehrt öffentliches Recht an der Seoul National University.

<sup>4</sup> Kim Dong-Sung, „The Nobel Peace Prize and Domestic Politics“, *Joongang Ilbo*, 16.10.2000, zit. in: *Korea Focus* 8, 5 (Sept.-Oct. 2000), S.1-3.

rechnet ca. DM 7.000 verurteilt. Die Bewegung hatte vor allem über das Internet, in E-Mail-Korrespondenz, den ganzen Zorn der Wahlbevölkerung über die politische Klasse und ihre tief sitzende Korruption zusammengefasst und in Proteststimmen umgesetzt: Viele Wähler verweigerten den Kandidaten, die im Informationsnetz als korrupt identifiziert worden waren, ihre Stimme (*Asahi Shinbun/AS*, 27.1.2001). Mit diesem Urteil brachte das höchste Gericht vorläufig eine Bewegung zum Schweigen, die Hoffnungen geweckt hatte, dass durch die Aktivitäten von Bürgerbewegungen ein Säuberungsprozess in der südkoreanischen Politik einsetzen werde. Neutrale *koreanische* Beobachter aber setzen gerade in die kritischen Bürgerbewegungen große Erwartungen, wenn auch der Vorschlag, durch Spenden die Bewegungen am Leben zu erhalten, eher von einer gewissen Naivität zeugte.<sup>5</sup> Das Urteil war umso überraschender, als die Zentrale Wahlkommission vor den Parlamentswahlen vom April 2000 selbst auf ihrer Homepage die Vorstrafenregister und Vermögensverhältnisse von Kandidaten veröffentlicht hatte.<sup>6</sup>

## 2 Präsident Kim 2001 erneut in der Kritik: Beginnt der Wahlkampf?

Anfang 2001 sanken die Zustimmungsraten für Präsident Kim zeitweise wieder unter die 50%-Marke. Die Gründe: Die soziale Schere klappt weiter auf, Universitätsabsolventen finden keine angemessenen Jobs, die hohe Arbeitslosigkeit bleibt unverändert (im Januar wurde die kritische Marke von einer Million Arbeitslosen überschritten), und – vor allem – Präsident Kim konzentriert sich angeblich zu sehr auf seine „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Nordkorea und zu wenig auf die Lösung drängender innerer Probleme. Reformversuche überlasse der Präsident allzu sehr lang gedienten Bürokraten, die aus den Erfahrungen ihrer Ausbildung zu echten Reformen unfähig sind und ihre Eigeninteressen über das Gemeinwohl stellen (vgl. Anm. 1). Ein Besuch Kim Jong-ils in Südkorea hätte sicher historische Bedeutung, aber die große Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung war weit mehr an Lösungen für die drängenden, unmittelbaren wirtschaftlichen Tagesprobleme interessiert. Kim habe die südkoreanische Gesellschaft in die Konfrontation geführt: Reich gegen Arm, Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, Regierung gegen Opposition. Der erbitterte Kampf zwischen MDP und GNP wurde zum Haupthindernis einer entschlossenen Politik zur wirtschaftlichen Erholung. Kims „taktischer Trick“, die Minderheitsposition der MDP im Parlament durch eine Koalition mit der United Liberal Democrats (ULD) und den zwei Abgeordneten der Democratic People's Party zu über-

---

<sup>5</sup> Kim Jene-chon (University of Nebraska), “What Kind of Reform Do We Really Need?”, in: *Korea Times/Internet*, 1.2.2001.

<sup>6</sup> Jeong Hoiok, “Information Society and Democracy in Korea”, in: *Korea Focus* 8, 5 (Sept.-Oct. 2000), S.68-75, hier: 74. Die Homepage der Citizens' Alliance, die gegen bestimmte Kandidaten aktiv war, konnte 900.000 Besuche auf ihrer Homepage verzeichnen (ebd.: 75).

spielen, entspreche nicht dem Wählervotum von 1996. Eine große Koalition mit der GNP zur Lösung der drängenden Wirtschafts- und Sozialprobleme sei die einzig richtige Antwort, in der sich der Wille der Wähler widerspiegelte. Aus dieser Argumentation wird deutlich, wie sehr die südkoreanische Demokratie noch von Unreife geprägt ist: Die in westlichen Demokratien (und inzwischen längst auch in Japan) gängige Form der Mehrheitsbeschaffung über Koalitionen erscheint südkoreanischen Beobachtern nicht als selbstverständliches Element demokratischer Spielregeln, sondern als Betrug am Wähler.

GNP-Chef Lee Hoi-chang hatte die Bereitschaft der GNP erklärt, sich an einem „Notkabinett“ der nationalen Einheit zu beteiligen, aber er nannte verständlicherweise Bedingungen: Kim Dae-jung müsse als Parteipräsident der MDP zurücktreten und die konstruktive Rolle der Opposition anerkennen, indem er sie in den politischen Entscheidungsprozess gleichberechtigt einbindet. Zugleich warnte Lee nachdrücklich vor Überlegungen, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass Kim Dae-jung u.U. eine zweite Amtszeit ermöglicht werde (*KT/Internet*, 15.12.2000). Die Bedingungen Lees waren für die MDP natürlich unannehmbar. Auch hatte der ULD-Ehrenvorsitzende Kim Jong-pil (de facto Parteichef) wenig später die GNP massiv verprellt, indem er *auf Japanisch* (!) Lee Hoi-chang gegenüber japanischen (!) Journalisten als „Idioten“ (*bakayarô*) bezeichnete und die GNP als Nichtpartei aus drei Gruppen bewertete (*KT/Internet*, 28.2.2001). Diese Einschätzung liegt nicht weit entfernt von der Realität, gilt aber auch traditionell für alle anderen koreanischen „Parteien“. Noch immer hat die Aussage Gültigkeit, dass Südkoreas politische Parteien keine Organisationen im Sinne westlicher Parteien sind, sondern Koalitionen einflussreicher Bosse, die Partei- und Kabinettsposten als persönliche Beute betrachten. Ein dramatischer sozialpolitischer Vorgang beleuchtete die Unfähigkeit der großen politischen Parteien Südkoreas – MDP und GNP –, konstruktive Politiken zu entwickeln: der Streik der Ärzte und Apotheker im Juni 2000, der sich gegen eine längst überfällige gesundheitspolitische Gesetzgebung richtete. Die unscharfen Grenzen zwischen Medizinern und Apothekern, die zu verbreitetem Missbrauch und überhöhten Medikamentengaben führten, sollten klarer abgesteckt werden.<sup>7</sup> Die Parteien hatten die Ausarbeitung dieser gesetzlichen Bestimmungen weitgehend der ministeriellen Fachbürokratie überlassen; als die beiden Berufsgruppen dagegen streikten und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gefährdeten, schwiegen die Parteien. Es bestand Einigkeit darüber, dass größere Transparenz der Beziehungen zwischen Ärzten, die Medikamente verschreiben, und Apothekern, die sie liefern, hergestellt werden müsste – aber die Parteien flüchteten aus der Verantwortung.<sup>8</sup>

Kim Jong-pil dürfte mit seiner Äußerung auf einen Schachzug der GNP reagiert haben, die den ULD-Abgeordneten im Parlament den Fraktionsstatus abgesprochen

<sup>7</sup> Huh Jong, „Hasty Efforts to Separate Roles of Doctors and Pharmacists“, *Dong-A Ilbo*, 5.9.2000, zit. in: *Korea Focus* 8, 5 (Sept.-Oct. 2000), S.52-54.

<sup>8</sup> Chang Kyung-sup, „Are There Any Credible Political Parties in Korea?“, *Munhwa Ilbo*, 31.8.2000, zit. in: *Korea Focus* 8, 5 (Sept.-Oct. 2000), S.9-11.

hatte: Die ULD hatte vier Abgeordnete der MDP „geleast“, um mit diesen Parlamentariern Fraktionsstatus zu erreichen und eine a.o. Parlamentssession zu beantragen, auf der die Aufhebung der Immunität belasteter GNP-Politiker beschlossen werden sollte. Schon im Juli 2000 hatte es um die Frage, wie stark eine Fraktion sein musste, um parlamentarisches Antragsrecht zu erhalten, heftigen Streit gegeben: Die MDP setzte einseitig durch, dass die Mindestzahl gesenkt wurde, so dass die ULD mit ihren damals 17 Abgeordneten Fraktionsstatus mit Antragsrecht erhielt. 2001 ging es vor allem um eine staatsanwaltliche Einvernahme des früheren NKP-Abgeordneten Kang Sam-jae (NKP: heute GNP), der 1996 für die Finanzen der Partei zuständig war und angeblich die Gelder aus den Schwarzgeldkonten des Geheimdienstes NSP in Empfang genommen haben sollte (*KT/Internet*, 15.1., 30.1.2001). Die Ermittlungsverfahren gegen GNP-Politiker wurden im Januar 2001 sang- und klanglos eingestellt, wodurch der Verdacht erhärtet war, dass diese Verfahren nur politischen Zwecken dienen (*Chungang Ilbo*, 18.1.2001/FBIS, 18.1.2001). Die *Choson Ilbo* bezeichnete dieses Ende als lächerlich (*Choson Ilbo*, 18.1.2001/FBIS/Internet, 18.1.2001).

Die GNP protestierte wütend gegen das „Leasing“-Verfahren und verlangte von Präsident Kim, dass die MDP die vier Abgeordneten aus der ULD zurückberufe. Präsident Kim solle unabhängige Ermittler einsetzen, um die Schwarzgeldaffären auch der MDP von 1996 untersuchen zu lassen; von der Staatsanwaltschaft forderte die GNP, die „illegalen“ Ermittlungen einzustellen (*KT/Internet*, 22.1.2001). Zugleich musste sich die GNP im ersten Quartal 2001 verzweifelt mühen, Übertritte eigener Parlamentarier zur MDP zu verhindern. In Verdacht standen Abgeordnete aus der Metropolregion Seoul: Sie hatten Zweifel an den Erfolgsaussichten der GNP geäußert, nachdem Kim Dae-jung (MDP), Kim Jong-pil (ULD) und die Abgeordneten der Democratic People's Party ein weiteres Wahl- und Strategiebündnis vereinbart hatten. Einige Abgeordnete der GNP fürchteten daneben, dass die Regierung staatsanwaltliche Untersuchungsverfahren gegen sie wegen Wahlvergehens intensivieren könnte; im März 2001 liefen Ermittlungen gegen 15 GNP-Parlamentarier wegen Verstößen aus den Wahlen vom April 2000. Die MDP/ULD-Koalition (wie auch alle Vorgängerregierungen) nutzt solche Verfahren als Druckmittel gegen Oppositionspolitiker (*KT/Internet*, 5.3.2001). Ebenso schnell, wie solche Spaltungserüchte auftauchen, verschwinden sie auch wieder (das Ziel ist erreicht): Schon einen Tag später dementierte die MDP, dass sie GNP-Politiker „abwerben“ wolle (*KT/Internet*, 6.3.2001).

Die knappe Zeitplanung drängt den Präsidenten: Es sind nur noch 18 Monate bis zur nächsten Präsidentenwahl (18.12.2002). Handlungsfähig bleibt der Präsident nur bis Mitte 2001, danach wird er wie üblich zu einer „lame duck“, der nicht mehr die Zeit bleibt, etwas zu bewegen (*Financial Times/FT/Internet*, 16.10.2000). Kim selbst sprach in seiner Rede anlässlich des Zeitpunkts seiner dreijährigen Amtszeit („Dialog mit dem Volk“) von einem „halben Erfolg“. Konservative Kreise in der Bevölkerung, aber auch Kim nahe stehende Politiker und Wissenschaftler beginnen sich zu fragen, wie das Land umfangreiche Hilfe für den Norden bereit stellen soll, wenn die eigene Wirtschaft in Not ist (*International Herald Tribune/IHT*, 12.12.2000).

Die *Korea Times* fällt zudem ein vernichtendes Urteil über die Terminierung der Rede: „Es ist unglaublich, dass die Regierung es nicht einschätzen konnte: Die Bevölkerung wollte eine solche Rede auf drei TV-Kanälen nicht während der besten Sendezeit an einem Feiertag hören“ (82. Jahrestag des Aufstandes vom 1. März 1919) (*KT/Internet*, 2.3.2001).

Bündnisstrategien, staatsanwaltlicher Druck auf Oppositionspolitiker mit der daraus folgenden Verunsicherung und eine Reihe von Propaganda-Coups des Präsidenten ließen den Schluss zu, dass Kim Dae-jung bereits offen den Wahlkampf für seine Nachfolge begonnen hatte. Das Treffen mit Nordkoreas Kim Jong-il und die Verleihung des Friedensnobelpreises fallen zwar kaum in die Kategorie „Propaganda“, aber die innenpolitischen Wirkungen, der „spin-off“ für die MDP, hatten enorme Bedeutung für die Positionierung der größten Regierungspartei in den anstehenden Präsidentenwahlen. Im Juli 2000 überraschte Kim Dae-jung sein Volk (und seine Anhänger) mit einem Vorschlag, der für ausländische Beobachter ohne Kenntnisse der koreanischen politischen Kultur und des Verhältnisses der Eliten zur Geschichte unverständlich sein musste: Kims Regierung stellte umgerechnet 20 Mio. US\$ bereit, um eine Gedächtnishalle für den früheren Präsidenten Park Chung-hee zu errichten; das Gesamtprojekt sollte 64 Mio. US\$ kosten. Die GNP schäumte und nannte das Projekt einen politischen Taschenspielertrick, aber gerade aus dieser heftigen Reaktion ließ sich auf die Tragweite dieses Schachzugs schließen. Parks Regime war geprägt von zahllosen Menschenrechtsverletzungen, Kim selbst fiel fast einem Mordanschlag des damaligen Geheimdienstes KCIA zum Opfer; damaliger Chef des KCIA: Kim Jong-pil, heute Ehrenvorsitzender der ULD und zwei Jahre Ministerpräsident unter Kim Dae-jung. Südkoreas Politiker haben sich nie davor gescheut, mit alten, erbitterten Gegnern aus politischer Opportunität Bündnisse zu schließen, das tat Kim Young-sam (mit Roh Tae-woo), und das tat Kim Dae-jung mit Kim Jong-pil. Der späte (unglaublich) Respekt für Park Chung-hee konnte eigentlich nur als Schachzug im traditionellen Widerstreit der Regionen gesehen werden (hier hat die GNP sicher Recht): Park stammte aus Kyongsang, Kim aus Cholla, die Ehrung für Park soll die dortigen Wähler gewinnen. Schließlich darf nicht übersehen werden, dass in den letzten Jahren die Einschätzung der Regierung Park positiver ausfällt, jetzt werden eher die wirtschaftspolitischen Erfolge des autoritären Präsidenten herausgehoben. Die Gedächtnishalle ist in der Nähe des Fußballstadions von Seoul (Weltmeisterschaft!) im Bau und soll 2002 fertig gestellt sein (*South China Morning Post/SCMP/Internet*, 31.7.2000).

### **3 Nobelpreis für Kim Dae-jung – innenpolitische Wirkungen**

Das Jahr 2000 brachte für Präsident Kim Dae-jung zwei Höhepunkte, die dem großen Bereich der Außenpolitik zugeordnet werden können, aber enorme innenpolitische Auswirkungen haben mussten: der Besuch des Präsidenten in Nordkorea mit der Begegnung zwischen den beiden Kims vom Juni – und die Verleihung des Friedensnobelpreises im Oktober. Vierzehn Mal war Kim nominiert worden, und stets

entschied die norwegische Nobelpreiskommission anders. Kim und seine Partei hatten seit Beginn der 90er Jahre systematisch auf die Preisverleihung hingearbeitet, indem sie an einem idealisierten Image des Präsidenten feilten.<sup>9</sup> Die beiden weltpolitischen Ereignisse hingen erkennbar zusammen: Der Friedensnobelpreis wurde ihm verliehen, weil er sich unbeirrt für die innerkoreanische Aussöhnung und das friedliche Miteinander der beiden koreanischen Staaten eingesetzt hatte. Der Preis stellt auch eine Anerkennung des lebenslangen Kampfes Kims für Menschenrechte, Demokratie und Gerechtigkeit dar, den er unter großen persönlichen Gefährdungen geführt hatte (*Asian Wall Street Journal/AWSJ/Internet*, 16.10.2000; "A Deserved Nobel Prize", *IHT*, 16.10.2000). Auch seine Bemühungen um ein verbessertes Verhältnis zum Nachbarn Japan wurde in die Begründung des Nobelpreis komitees aufgenommen (*KN*, 21.10.2000: 5).

Die Verleihung des Nobelpreises verschaffte Kim vor allem auch den dringend nötigen Spielraum in der südkoreanischen Innenpolitik: Die Opposition konnte einen international geehrten Präsidenten wegen seiner Politik gegenüber Nordkorea nicht mehr so bedingungslos attackieren, wie sie das vorher getan hatte. Kim war stets im Ausland stärker anerkannt als in Korea selbst, so fiel der Beifall für die Preisverleihung in manchen Kreisen eher gedämpft aus; besonders die GNP zollte dem Geehrten nur lauen Beifall; im Gegenteil, Misstrauen wurde laut: Ein Sprecher der GNP gab der „Hoffnung [Ausdruck], dass der Präsident alle Befürchtungen ausräumt, er wolle den Preis nutzen, um sich selbst zum ersten Präsidenten eines vereinten Korea zu machen“ (*AWSJ/Internet*, 16.10.2000). Sein Amtsvorgänger Kim Young-sam, inzwischen erbitterter Feind seines früheren Weggefährten, stellte fest: „[Mit dieser Verleihung] ist der Wert des Friedensnobelpreises tief gesunken“, denn: „Kim Dae-jung ist ein Diktator“ (Kim 2000: 196). Die Krönung der „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs, d.h. der Gegenbesuch Kim Jong-ils in Seoul, werde nicht stattfinden, meinte Kim Young-sam: Die Gefahr eines Mordanschlags auf den Kim aus dem Norden sei groß; die Angehörigen der Opfer des Bombenattentats hätten Rache geschworen (ebd.: 200). Auch in manchen asiatischen Staaten wurde die Preisverleihung mit gemischten Gefühlen betrachtet: Kims Erzrivale im „asiatischen Wertekampf“, Malaysias Mahathir Mohamad, zeigte deutlich sein „Unbehagen“ über die Verleihung. Seit Jahren führen die beiden einen erbitterten ideologischen Streit über westliche und asiatische Werte; die damals bevorstehende ASEM-Konferenz in Seoul, so musste Mahathir fürchten, werde zu einer „Bühne“ für den frisch gekürten Nobelpreisträger werden, eine unerträgliche Vorstellung für Mahathir; er spielte mit dem Gedanken, seine Teilnahme wegen Krankheit abzusagen (*Yonhap*, 18.10.2000/SWB, 19.10.2000).

---

<sup>9</sup> Der Autor hat einen südkoreanischen Studenten betreut, der aus der Heimat Kim Dae-jungs stammt und zu seiner Großfamilie gehört. Dieser sagte dem Autor schon 1993, also lange vor dem Amtsantritt Kims, man wolle ihn zum Nobelpreisträger machen, denn Kim selbst strebe danach. Dem entspricht eine Äußerung Lho Kyong-soos, der Internationale Politik an der Seoul National University lehrt: "Many South Koreans feel that President Kim had become obsessed with winning a Nobel Peace Prize" (*FT/Internet*, 19.10.2000).



Überzeugende Erfolge wie das Gipfeltreffen und die Verleihung des Friedensnobelpreises werden dem Präsidenten sicher keine zweite Amtszeit eröffnen – dies wäre gegen die Verfassung, und eine Verfassungsänderung ist nicht durchzusetzen. Auch die Ängste der GNP, Kim wolle sich als Präsident eines geeinten Korea positionieren, dürfte allein aus Zeitgründen unrealistisch sein. Aber ein prominenter Präsident als Chef der MDP könnte in den bevorstehenden Präsidentenwahlen einem Nachfolger wertvolle Starthilfe geben. GNP-Chef Lee Hoi-chang sieht das natürlich, schließlich will er selbst Präsident werden. Er intensivierte deshalb seine Angriffe auf Kim Dae-jung wieder, nachdem die Aufregung über den Friedensnobelpreis etwas abgeklungen war. Lee kann sich auf einen großen Teil der öffentlichen Meinung stützen: Immerhin 60% der Koreaner waren der Ansicht, die Annäherung an den Norden sei „zu hastig“ gewesen (Umfrage des Vereinigungsministeriums, September 2000; *FT/Internet*, 19.10.2000). Der ehemalige Außenminister Han Sung Joo sprach in einem Interview von einem „wachsenden Krisenbewusstsein“ in der Bevölkerung. Die *Kyunghyang Shinmun* stellte in einer Umfrage unter 17.346 Befragten fest, dass 54% der Befragten gegen eine Reise des Präsidenten zur Preisverleihung nach Oslo war. Regierung und Chong Wa Dae registrierten die sinkende Popularität des Präsidenten durchaus, gaben aber der Propaganda seitens der GNP (und der Medien ...) die Schuld daran (*IHT*, 12.12.2000).

#### 4 Maulkorb für die Medien?

Die politische Klasse Südkoreas, allen voran Präsident Kim Dae-jung, hat bekanntermaßen ein schlechtes Verhältnis zu den Medien. Der Präsident hat in den letzten Jahren immer wieder über allzu kritische Berichterstattung und Kommentierung geklagt. Nach Meldungen von Zeitungen in Seoul soll bereits 1998 und 1999 die Regierung beschlossen haben, gezielte Maßnahmen gegen die Medien zu ergreifen: Ein Think Tank hatte danach empfohlen, vor allem rechtliche Mittel insbesondere gegen die vier großen Tageszeitungen in Seoul einzusetzen. Eine Arbeitsgruppe im Chong Wa Dae sollte die Strategien koordinieren und darauf hinarbeiten, dass die Maßnahmen in der Bevölkerung Akzeptanz finden (*Yonhap*, 13.2.2001/*FBIS-Internet*, 13.2.2001). Anfang 2001 griff die Regierung dann auch zu dem „bewährten“ Mittel, das in der Vergangenheit alle autoritären Regime – und auch die demokratisch gewählten Regierungen – angewendet hatten, um ungeliebte Medien zu verwarnen – oder gar abzustrafen: die Steuerfahndung. Ab Februar 2001 wurden zwei Monate lang die Redaktionen und Führungszentralen von 22 Medienunternehmen durch Agenten der Steuerfahndung überprüft. Darunter fanden sich alle großen Tageszeitungen und die überregionalen Fernsehanstalten (*SCMP*, 3.2.2001). Kim selbst bestätigte indirekt, dass die Maßnahmen gegen die Medien nicht losgelöst von Berichterstattung und Kommentierung zu sehen seien: “The government’s role is to see whether there are areas where management practices are in violation of the law, while problems relating to editorial policy and fair reporting are issues for the ruling and opposition parties, journalism experts, and civic groups to take care of at the

National Assembly” (*Choson Ilbo*, 20.2.2001/FBIS-Internet, 20.2.2001).<sup>10</sup> Die Steuerbehörden beeilten sich zu versichern, dass es sich bei diesen Maßnahmen um Überprüfungen handele, die regelmäßig alle sieben Jahre stattfänden, aber die südkoreanische Öffentlichkeit wertete das Vorgehen als Einschüchterungsmaßnahme gegenüber Zeitungen und Fernsehsendern, die in letzter Zeit dezidiert kritisch über die Wirtschaftspolitik des Präsidenten und seine „Sonnenscheinpolitik“ berichtet hatten. Und doch sah die Presse ihre Rolle auch kritisch – nämlich nicht kritisch genug: In einem Beitrag über die Pressekonferenzen des Präsidenten prangerte der *Korea Herald* die Gepflogenheit an, in Pressekonferenzen des Chong Wa Dae keine aggressiven Fragen zu stellen und den Präsidenten ehrfürchtig zu behandeln (*KH/Internet*, 10.1.2001).

Auch die größte Oppositionspartei GNP wertete das Vorgehen gegen die Medien als Willkür, sie sprach von Unterdrückung der Pressefreiheit und missbilligte das Vorgehen der Regierung scharf. Sie verlangte, dass ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Behauptung einer Zeitschrift in Seoul überprüfe, es gebe im Chong Wa Dae (und in der Regierungspartei) eine Abteilung, die die Pressefreiheit systematisch einschränken will – mit Hilfe der Steuerfahndung (*Choson Ilbo*, 21.2.2001/FBIS-Internet, 21.2.2001; Nishioka 2001: 12). An der Aktion waren 400 Steuerfahnder der regionalen Steuerbehörden von Seoul beteiligt, fast die Hälfte der Steuerbeamten von Seoul, die Aktion sollte 60 Tage dauern (Nishikoka 2001: 12). Damit handelte es sich um die umfassendste Maßnahme, seit 1994 der damalige Präsident Kim Young-sam ähnlich rigoros gegen die Medien des Landes vorgegangen war; damals war pikanterweise der GNP-Chef Lee Hoi-chang Ministerpräsident (*Tokyo Shinbun*, 7.2.2001; *KT/Internet*, 15., 16.2.2001). Die US-Regierung hat schon 2000 die Lage der Meinungsfreiheit in Südkorea unter der Regierung Kim Dae-jung „zurückhaltend“ beurteilt; im jährlichen internationalen Menschenrechtsbericht hieß es, die südkoreanische Regierung übe indirekte Kontrolle über die Meinungsfreiheit aus (Nishioka 2001: 13).

## 5 Streitobjekt Sicherheitsgesetz

Der Vorstoß der MDP, in der ersten Sitzungsperiode des Parlaments 2001 das Gesetz über nationale Sicherheit (National Security Law – NSL) zu novellieren, stieß wiederum auf offene Kritik der Medien – und damit auch auf kritische Kommentare zu Kim Dae-jung. Kim und der MDP wurde vorgeworfen, das NSL just zu dem Zeitpunkt entschärfen zu wollen, zu dem möglicherweise Nordkoreas Kim Jong-il Südkorea besuchen werde; die Medien sahen die gesetzliche Maßnahme als Versuch an, mögliche pronordkoreanische Demonstrationen zu entkriminalisieren und damit die Gefühle antikommunistischer Südkoreaner zu verletzen, die aus ehrenwerten Motiven noch immer dem Norden misstrauisch gegenüberstanden. Die *Dong-A Ilbo*

---

<sup>10</sup> Der Präsident gewährte dieses Interview keiner der großen Tageszeitungen, sondern einer Internet-Zeitung.

sah schon gefährliche Zusammenstöße zwischen pro- und antinordkoreanischen Demonstranten voraus: Änderungen am NSL seien überfällig, so die Zeitung, aber „sie sollten nicht auf Verlangen Nordkoreas vorgenommen werden“. Es gebe noch keinen politischen, sozialen und ideologischen Konsens über eine Novellierung, eine forcierte Überarbeitung des Gesetzes könne zu einer tiefen Spaltung in der südkoreanischen Gesellschaft führen (*Dong-A Ilbo*, in: *KN*, 10.2.2001: 50). Die neuen Auseinandersetzungen um das NSL zum Jahreswechsel 2000/2001 bedeuteten nur ein neues Aufflammen einer Bewegung, die sich schon seit Mitte 2000 bemerkbar gemacht hatte: Im Juli bereits hatte sich eine Vereinigung von Bürgerbewegungen gebildet, die eine völlige Abschaffung des Gesetzes forderte. Die Korean Confederation of Trade Unions (KCTU), die People's Solidarity for Participatory Democracy, die Women's Association United und 229 andere Bürgergruppen starteten eine landesweite Bewegung zur Abschaffung des NSL. Der historische Händedruck zwischen Kim Dae-jung und Kim Jong-il symbolisierte nach Auffassung der Bewegung eine neue Epoche, in der das Sicherheitsgesetz nicht mehr nötig sei (Yonhap, 21.7.2000; SWB-Internet, 22.7.2000).

Die Auseinandersetzungen über eine Revision des NSL spalteten vor allem auch die Parlamentarier innerhalb von MDP und GNP: Jüngere Abgeordnete beider großer Parteien verlangten von ihren Parteiführungen, das Abstimmungsverhalten in Bezug auf eine Reform nicht unter Fraktionszwang zu stellen und wechselnde Abstimmungen zuzulassen (*KT/Internet*, 29.1.2001). MDP-Parteivorsitzender Kim Joong-kwon hatte zwar eine Revision des Gesetzes für die Zeit nach dem Besuch Kim Jong-ils zugesagt, aber die „Jungtürken“ in MDP und GNP drängten auf schnellere Reformen: Es gehe nicht um eine Geste gegenüber dem nordkoreanischen Machthaber, sondern um Südkoreas internationales Ansehen in grundlegenden Menschenrechtsfragen. Das NSL von 1948 stellt alle pronordkoreanischen Äußerungen, nichtautorisierte Kontakte mit Vertretern Nordkoreas und die Mitgliedschaft in einer pronordkoreanischen Vereinigung unter harte Strafen; in der Vergangenheit wurde es von den autoritären Regimes immer wieder als Unterdrückungsinstrument genutzt, nicht zuletzt Kim Dae-jung selbst wurde zum Opfer des NSL (*KT/Internet*, 5.2.2001).

Selbst durchaus realistische Einschätzungen sind in der aufgeladenen Atmosphäre um jede Begegnung mit Nordkorea riskant: Ein führendes Mitglied eines politischen Beratungsgremiums der MDP musste allein deshalb zurücktreten, weil er geäußert hatte, es sei „unrealistisch“, von Nordkorea anlässlich eines Besuches Kim Jong-ils eine Entschuldigung für die Handlungsweisen des Nordens während des Koreakrieges zu erwarten. Die Vorgehensweise Nordkoreas sollte vielmehr durch ein Kriegsverbrechertribunal untersucht werden. Die oppositionelle GNP hatte betont, dass ein möglicher Besuch Kim Jong-ils in Südkorea nur denkbar sei, wenn dieser sich zuvor für Taten seines Vaters Kim Il-sung entschuldige; auch verlangte die GNP, Verwicklungen Kim Jong-ils in das Bombenattentat auf ein südkoreanisches Passagierflugzeug im Jahr 1987 zu untersuchen: Das hielt der MDP-Berater für undurchführbar (*KT/Internet*, 28.2.2001; *KH/Internet*, 1.3.2001). Der Grund für die kompromisslose Haltung der GNP in dieser Frage lag auf der Hand: Der Besuch

Kim Jong-ils in Seoul würde einen gewaltigen PR-Erfolg für den Präsidenten und die MDP bedeuten, damit hätte jeder MDP-Kandidat in den anstehenden Präsidentschaftswahlen einen enormen Sympathievorsprung. Die GNP streute sogar das Gerücht, die Regierungskoalition wolle die Euphorie nach dem Besuch Kim Jong-ils nutzen, um durch eine Verfassungsänderung eine zweite Amtszeit für Kim Dae-jung zu ermöglichen (*KT/Internet*, 9.2.2001).

## **6 Kabinettsumbildungen: Seit 2001 auch ein Frauenministerium**

Es gehört zu den langjährigen Traditionen koreanischer Präsidenten, auf politische Schwierigkeiten mit Kabinettsumbildungen zu reagieren. Nur zu oft vermitteln diese Maßnahmen den Eindruck eines richtungslosen Aktionismus, können aber auch echte Reformsignale aussenden. So wurde Ministerpräsident Lee Han-dong im Juni 2000 erst nach einem ausführlichen parlamentarischen Anhörungsverfahren ernannt; damit hatte das Parlament erstmals entscheidendes Mitspracherecht bei der Besetzung dieser Spitzenposition erhalten. Die teils hitzigen Anhörungen hatten über einen Monat gedauert.

Im August 2000 ersetzte Präsident Kim Dae-jung elf Minister, vor allem aus den wirtschaftsbezogenen Ressorts; Schlüsselpositionen wie Außenministerium, Verteidigung, Vereinigungsministerium und die Leitung des Nachrichtendienstes (Geheimdienst) blieben unverändert. Die Kabinettsumbildung erfolgte zur „Halbzeit“ der Präsidentschaft Kims und zielte offenkundig auf eine neue Wirtschaftspolitik, die endlich zu einer ökonomischen Erholung führen sollte. Zugleich diente die Umbesetzung wohl auch dem angestrebten Ziel, die Ressortchefs des Wirtschafts- und Finanzministeriums sowie des Erziehungsministeriums zu Vizeministerpräsidenten aufzuwerten. Die Regierungsmannschaft war eine ausgewogene Mischung aus hochrangigen Technobürokraten und Akademikern; allein drei ehemalige Universitätspräsidenten (Myongji, Yosu National, Chodang) übernahmen Kabinettsposten, Regierungschef blieb der Präsident der ULD, Lee Han-dong. Die Kabinettsumbildung unterstrich einerseits die Entschlossenheit Kim Dae-jungs, der Wirtschaftspolitik neuen Auftrieb zu geben, andererseits verdeutlichte die Tatsache, dass alle außenpolitischen Ressorts, einschließlich des National Intelligence Service (NIS), unverändert blieben: Der Präsident wollte seine Nordkoreapolitik zielgerichtet fortführen. Die Zusammenarbeit mit Ministern, die an dem Gipfel mit Kim Jong-il in Pyongyang teilgenommen hatten, sollte Kontinuität gewährleisten. Vereinigungsminister Park Jae-kyu hatte im Juli die Delegation Südkoreas geleitet, die nach dem Gipfeltreffen vom Juni erste Regierungsgespräche mit dem Norden geführt hatte. Eine Schlüsselrolle bei der Wahrung der Kontinuität in der sog. „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs spielte auch der Chef des Geheimdienstes NIS, Lim Dong-won, ein enger Vertrauter des Präsidenten und nachdrücklicher Verfechter einer Politik der Annäherung an Nordkorea (*KN*, 12.8.2000: 12-13).

Für die Gruppe der Minister in den Wirtschaftsressorts bestand die Hauptaufgabe in einer Belebung und weiterer Liberalisierung des Finanzsektors und einer Restrukturierung der Großunternehmen. Die Erholung des Landes nach der Krise von 1997 hatte zwar gute Fortschritte gemacht, aber die Bankenkrise war auf Grund der gewaltigen Menge nicht einbringbarer Kredite ungelöst; die großen Konglomerate zeigten sich auf der anderen Seite weitgehend immun gegen Forderungen nach Reformen (ebd.). Zeitgleich zu der Kabinettsumbildung lief im Parlament ein Gesetzgebungsverfahren, um die Posten Wirtschaft/Finanzen und Erziehung/Ausbildung zu Vize ministerpräsidenten aufzuwerten (Yonhap, 3.8.2000/SWB, 4.8.2000). Neuer Wirtschafts- und Finanzminister wurde Jin Nyum, der vorher für die Privatisierung der Großunternehmen zuständig war, als Haushalts- und Planungsminister Erfolge errang und als Arbeitsminister gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften Personalreformen in Koreas Unternehmen durchgesetzt hatte (*IHT*, 8.8.2000; *Handelsblatt*, 8.8.2000). Auf den Gebieten Finanzreformen (Finanzkontrollausschuss) und Unternehmensreformen (67 Unternehmen unterwarf er „Workout“-Programmen) wurde seinem Vorgänger Lee Hun-jai Versagen vorgeworfen, obwohl Lee erheblich an der beginnenden wirtschaftlichen Erholung beteiligt war; aber Schulden- und Kreditkrise sowie die schleppende Bankenreform konnte er nicht lösen, Sinnbild für sein Scheitern war die fortdauernde Krise bei Hyundai<sup>11</sup> (*FT*, 8.8.2000). Auch nach der Kabinettsumbildung blieben Zweifel, ob das neue „Wirtschaftsteam“ die ökonomischen Probleme bewältigen könne, denn die meisten neuen Minister hatten schon zuvor Kabinettposten innegehabt. Bürgerorganisationen warfen Kim vor, sein neues Kabinett strahle keine Vision weiterer Reformen aus (Yonhap, 7.8.2000/SWB, 8.8.2000). Kim dagegen zielte nach eigener Auffassung mit seinem neuen Wirtschaftsteam auf mehr Harmonie und Konsens zwischen den Bereichen Wirtschaft, Diplomatie, nationale Sicherheit und Soziales, wie ein Sprecher des Chong Hwa Dae sagte (Yonhap, 7.8./SWB, 8.8.2000).

Im Frühjahr 2001 wechselte Präsident Kim innerhalb von drei Monaten gleich zwei Mal seine Ministerriege aus. Im Januar wurde das Reformgesetz zur Kabinettsumbildung verabschiedet, das jetzt auch die Einrichtung eines Frauenministeriums vorsah (Yonhap, 22.1.2001/FBIS, 22.1.2001). Erste Frauenministerin wurde die ULD-Abgeordnete Han Min-su. Kim Dae-jung setzte mit dieser Entscheidung ein Wahlversprechen um: Er wollte die Position der Frauen im öffentlichen Leben, besonders in der Politik, stärken (*AS*, 30.1.2001). Bereits seit 1982 hatte es in verschiedenen Kabinetten Institutionen gegeben, die sich speziell mit Frauenfragen, d.h. vor allem mit der Gleichstellungsproblematik, befassen sollten. Den Anfang machte das Koreanische Entwicklungsinstitut für Frauenfragen, das dem Ministerium für Gesundheit und Soziales angegliedert war. Ab 1988 waren Frauenfragen im Büro des Zweiten Staatsministers für politische Grundsatzfragen angesiedelt, das bis 1998 bestand. An die Stelle des Büros trat im selben Jahr die Präsidialkommission

<sup>11</sup> Jin wurde 1997 zum Präsident von Kia Motors ernannt, als das Unternehmen verstaatlicht war; Kia wurde später an Hyundai verkauft und steigerte damit noch die Verschuldung dieses *chaeböl* (*FT*, 8.8.2000).

für Frauenfragen, die größere Kompetenzbereiche erhielt; das neue Frauenministerium ist im Wesentlichen eine Erweiterung dieser Kommission (Yonhap, 18.1.2001/SWB, 18.1.2001). Die Aufgaben des neuen Ministeriums sind enorm, denn Südkorea liegt bei der rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Frauen noch weit zurück, so sind z.B. von den 273 Abgeordneten in der Nationalversammlung (2000) nur 17 Frauen (KN, 30.12.2000: 4).

Die neuen Posten von stellvertretenden Regierungschefs schuf Präsident Kim Dae-jung kurz nach dem Jahreswechsel: Im Januar 2001 wurde Finanz- und Wirtschaftsminister Jin Nyum zum stellvertretenden Ministerpräsidenten (sMP) ernannt, Han Wang-san (ehemals Sangji-Universität) wurde sMP für Erziehung und Ausbildung, Frau Han Myung-sook, die neue Frauenministerin, erhielt zusätzlich die Position einer sMP für Frauenfragen. Präsident Kim zielte mit diesen Ernennungen auf effizientere Koordination politischer Strategien in der Wirtschaftspolitik; Finanz- und Wirtschaftsminister Jin Nyum erhielt den Auftrag, bis Februar 2001 durchgreifende Reformen im wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungsprozess durchzusetzen. Jin war Karrierebürokrat des (aufgelösten) Wirtschaftsplanungsamtes (ab 1962), dann Minister für Energie und Ressourcen, Arbeitsminister, Vorsitzender des Komitees für Planung und Haushalt sowie Minister im diesem vorgeordneten Ministerium. Erziehungsminister Han Wan-sang ist ein entschlossener Reformier mit makelloser demokratischer Biographie: In den 60er Jahren verbüßte er als Aktivist der Demokratiebewegung eine Haftstrafe, seinen Posten als Professor der Seoul National University verlor er in den 70er und 80er Jahren mehrmals wegen seiner regierungskritischen Haltung; unter Kim Young-sam war Han Vizeminister für Vereinigungsfragen. Für Präsident Kim ist Han als Politiker besonders wertvoll, da er aus der Provinz Nord-Kyongsang stammt und damit ansatzweise das Vorurteil widerlegt, Kim bevorzuge Politiker aus der Region Cholla. Frauenministerin Han Myung-sook stammt aus Nordkorea (Provinz Pyongan), sie studierte an der renommierten Ewha Woman's University und kann auf eine erfolgreiche Karriere in der Frauen- und Demokratiebewegung zurückblicken. Auch sie engagierte sich gegen die autoritären Regime und verbüßte mehrere Haftstrafen. 2000 wurde sie auf einem Ticket der MDP über einen Listenplatz in die Nationalversammlung gewählt, ihre Ernennung zur Frauenministerin verdankt sie massivem Druck aus den Reihen der Partei. Präsident Kim hat mit der Kabinettsumbildung im Januar de facto vier Teams gebildet, die in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit Reformen in Wirtschaft, Diplomatie/Sicherheitspolitik, Erziehung/Ausbildung und sozialer Problematik vorantreiben sollen (KN, 10.2.2001: 5).

Die erste Regierungsumbildung vom Januar 2001 erweist sich nicht als der Durchbruch, den Kim angestrebt hatte; im März folgte eine weitere umfassende Personalveränderung: Fast die Hälfte der Kabinettsmitglieder wurde ausgetauscht. Prominentestes Opfer des Stühlerückens war Außenminister Lee Joung Binn, den Kim persönlich für einige Pannen in der Nordkoreapolitik und bei den Beziehungen zu den USA verantwortlich machte. Bereits Wochen vor der Umbildung hatte sich der Präsident enttäuscht über die Arbeit einiger Minister geäußert, so dass die Maßnahme erwartet worden war. Neun von 22 Ministern wurden ausgetauscht; von den

prominenten Politikern behielt Ministerpräsident Lee Han-dong seinen Posten. Fast alle Wirtschaftsressorts wurden neu besetzt, aber auch das Vereinigungsministerium erhielt einen neuen Chef, den ehemaligen Geheimdienstleiter Lim Dong-won, einen Exgeneral (s.o.). Diese Besetzung war konsequent, denn Lim gehört zu den Architekten der „Sonnenscheinpolitik“ und ist zudem ein enger Vertrauter Kims. Der neue Minister für Äußeres und Handel Han Seung Soo war 1993/94, unter Präsident Kim Young-sam, Botschafter in den USA. Unter Roh Tae-woo war Han Handelsminister, später auch Stabschef Kim Young-sams. Seine vordringliche Aufgabe sollte es sein, die getrübbten Beziehungen zum wichtigsten Verbündeten zu verbessern. Vorgänger Lee hatte anlässlich des Besuches von Präsident Putin in Südkorea ausdrücklich den Vertrag gegen ballistische Raketen von 1972 gewürdigt, was als Kritik an der nationalen Raketenverteidigung der Regierung Bush (NMD) verstanden wurde (*AWSJ/Internet*, 27.3.2001).

Neuer Chef des NIS (Inlandsgeheimdienst) wurde Shin Kuhn, ein ehemaliger Staatsanwalt, der sich im Kampf gegen politische Korruption hervorgetan hat. Er trat erst 1997 dem damaligen National Congress for New Politics, dem Vorgänger der MDP, bei. Er stammt aus Cholla. Den Posten des Verteidigungsministers übernahm der Exgeneral Kim Dong-shin. Kim absolvierte seine gesamte Laufbahn im Militärdienst, bis hin zum Obersten Stabschef der südkoreanischen Armee. Im September 1996 leitete er die Operationen gegen nordkoreanische Spione, die Küstengebiete infiltriert hatten (*Yonhap/Internet*, 26.3.2001/SWB, 26.3.2001; *FT*, 27.3.2001). Als stellvertretender Kommandeur des CFC (Combined Forces Command, d.h. Oberkommando der US- und südkoreanischen Verbände an der Grenze) hat er ausgezeichnete Beziehungen zu den USA und kann zusammen mit Außenminister Han hier das Verhältnis verbessern helfen. Hilfreich ist sicher auch, dass er Landsmann des Präsidenten aus Cholla ist (*KH/Internet*, 26.3.2001). Das wirtschaftliche Schlüsselressort, Handel, Industrie und Energie, übernahm Chang Che-shik. Nach einem Studium an der Elite-Universität Seoul National wählte er die Laufbahn eines Karrierebeamten im Finanzministerium (*Yonhap/Internet*, 26.3.2001/SWB, 26.3.2001). Er war wesentlich an der Überwindung der Währungskrise von 1997 beteiligt und gilt als Wirtschaftsfachmann. Chang ist einer der drei Parlamentarier, die 2000 von der ULD „geleast“ wurden und ihr später beitraten, um der ULD Fraktionsstatus zu geben (*KH/Internet*, 26.3.2001). Der Architekt dieser Lösung, die bei der GNP geballte Wut auslöste, war Oh Jang-seop, den Präsident Kim mit dem Amt des Ministers für Bau und Verkehr betraute. Er war Fraktionschef der ULD und Generalsekretär der Partei, er gilt als Vertrauter des Ehrenvorsitzenden Kim Jong-pil (ebd.).

Mit besonderer Aufmerksamkeit registrierten Beobachter die Ernennung Park Jie-wons zum Obersten Präsidialsekretär für Politik und Planung, er ist auf diesem Posten zuständig für eine breite Skala von Politikbereichen, von der Wirtschaft über PR-Arbeit bis hin zum Umgang mit Bürgergruppen. In seinen Aufgabenbereich fällt der Umgang mit den Medien (früher war er Pressesekretär im Chong Wa Dae), er führte aber auch die Geheimgespräche mit Nordkorea vor dem Besuch Kims in Pyongyang. Seine Ernennung, so Beobachter, soll signalisieren, dass der Präsident

sich in der letzten Phase seiner Amtszeit intensiver in den politischen Entscheidungsprozess einschalten will. Dieser Eindruck durch die Tatsache wird unterstrichen, dass der Präsident in Zukunft vier Mal monatlich Kabinettsitzungen leiten will (Yonhap/Internet, 27.3.2001/FBIS, 27.3.2001). Jetzt kontrolliert eine Troika das Präsidentialamt Chong Wa Dae, die schon maßgeblich Kims Aufstieg ins Präsidentenamt gesteuert hatte: Präsidialsekretär Park Jie-won (Politik und Planung), Chef-Präsidialsekretär Han Kwang-ok und Namkung Jin, Präsidialsekretär für politische Fragen. Die drei unterhalten beste Beziehungen zum engsten Kreis des Präsidenten, der sog. Tonggye-dong-Gruppe (Tonggye-dong: Stadtteil Seouls, in dem Kim wohnt). Gemeinsam wollen sie verhindern, dass Kim Dae-jung in der letzten Phase seiner Amtszeit zu einer „lame duck“ wird, also einem handlungsunfähigen Präsidenten (*KT/Internet*, 28.3.2001). Wie sehr sich Kim Dae-jung von jetzt an in die Tagespolitik einschalten wollte, wurde deutlich, als er mit den neu ernannten Ministern unmittelbar nach Amtsantritt ausführliche Einzelgespräche führte und ihnen direkt die Zielvorgaben seiner letzten Amtsphase erläuterte. Die Einzelgespräche gingen auf eine Initiative des Präsidialsekretärs für Politik und Planung, Park Jie-won, zurück (s.o.) (*KT/Internet*, 2.4.2001/FBIS, 2.4.2001).

Das neue Kabinett hatte jetzt eine breitere Koalitionsbasis: Drei Minister stellte die ULD, Außenminister Han gehört zur kleinen DPP (*WSJ/Internet*, 26.3.2001; Yonhap/Internet, 26.3.2001/SWB, 26.3.2001). Die neue Ministerriege wird aber dominiert von den sog. „DJ men“, also Vertrauten Kim Dae-jungs; damit hofft der Präsident, die Wahlchancen für die MDP in den nächsten Präsidentenwahlen zu verbessern. Fünf Mal hat Kim seit seinem Amtsantritt 1998 die Regierung umgebildet. Die Regierung spiegelte offenkundig die Absicht des Präsidenten wider, durch Stärkung der Außenressorts und des Sicherheitsressorts den erwarteten Besuch Kim Jong-pils abzusichern. Daneben wollte der Präsident auch stärker die Bürokratie kontrollieren sowie die Zusammenarbeit mit ULD und DPP absichern. Die Ernennung Hans zum Außenminister fand allgemeine Zustimmung, wenn auch parteitaktische Erwägungen eine Rolle gespielt haben mögen (*KH/Internet*, 27.3.2001/FBIS, 27.3.2001). Verständlicherweise überhäufte die GNP den Präsidenten mit Kritik: Diese Kabinettsumbildung sei die schlechteste in der Regierungszeit Kim Dae-jungs. Hinter der Kritik stand natürlich die Sorge, dass durch dieses Parteienbündnis die Wahlchancen der GNP gefährdet sein könnten (*KT/Internet*, 27.3.2001/FBIS, 27.3.2001).

## 7 Memoiren als Abrechnung

Kim Dae-jungs Vorgänger gibt keine Ruhe: Anlässlich der „Halbzeit“ in der Regierungsphase Kim Dae-jungs, als der Präsident sich selbst feierte, griff sein Vorgänger Kim Young-sam auf einer Pressekonferenz den Präsidenten scharf an und warf ihm vor, er lasse sich die Wiedervereinigungspolitik vom Norden vorgeben. Die „Sonnenscheinpolitik“, so Kim Young-sam (KYS), sei verfassungswidrig, weil sie auf das System „Eine Nation, zwei Staaten“ abziele. Darüber hinaus kritisierte KYS,



dass Kim Dae-jung (KDJ) nicht den nationalen Konsens bei seiner Politik gegenüber dem Norden suche. Auch er forderte die Regierung auf, von der nordkoreanischen Führung eine Entschuldigung für den Koreakrieg und das Attentat auf die KAL-Maschine 1987 sowie den Anschlag von Rangoon 1983 zu verlangen (Yonhap, 25.8.2000/SWB, 26.8.2000). Er ging sogar noch weiter und initiierte eine Unterschriftenaktion gegen den geplanten Besuch Kim Jong-ils in Seoul (*FT*/Internet, 16.10.2000). Ausgerechnet in der konservativen japanischen Monatszeitschrift *Bungei Shunju* warf Kim Young-sam seinem Nachfolger zwei Monate später eine Art „vaterlandsloses“ Verhalten vor: Er habe 1982, unter der Herrschaft Chun Doo-hwans, Korea feige verlassen, um in den USA in Ruhe zu leben, während er – Kim Young-sam – tapfer unter Hausarrest bei dem Volk ausgehalten habe, das „nach Freiheit dürstete“ (Kim 2000: 197).

Im Januar 2001 erschien der zweite Teil der Memoiren Kim Young-sams, in denen er weitere schwere Vorwürfe gegen Kim Dae-jung erhob und faktisch die Beschuldigungen gegen ihn (s.o.) an den Präsidenten zurückgab. Die Feindschaft geht auf das Jahr 1992 zurück, als Kim Dae-jung gegen Kim Young-sam unterlegen war und sich aus der Politik zurückziehen wollte. Stattdessen habe KDJ aber ständig die Regierung KYS kritisiert (*KH*/Internet, 15.2.2001). Der Präsident, so KYS, habe 1997 über riesige Schwarzgeldkonten verfügt. Das Blaue Haus (Chong Wa Dae, Präsidentensitz) drohte Kim Young-sam mit einer Verleumdungsklage, da er behauptet hatte, sein Nachfolger habe 1997 ebenfalls Schwarzgeldkonten mit Hilfe von Namen seiner Familienangehörigen und Helfer unterhalten, die Zahlungen seien sogar noch fortgesetzt worden, als KDJ schon Präsident war (*KH*/Internet, 10.1.2000). Er selbst (KYS) habe intensivere staatsanwaltliche Ermittlungen gegen den damaligen Spitzenkandidaten Kim Dae-jung unterbunden, um Unruhen von dessen Anhängern zu verhindern – Kim Dae-jung habe sich dafür überschwänglich bedankt (*SCMP*, 20.2.2001). Der Sprecher des Präsidenten wies „die meisten“ der Anschuldigungen des früheren Präsidenten als grundlos zurück, vor allem habe Kim Dae-jung nicht „fünf Mal“ um einen Termin bei KYS nachgesucht, weil er sich bedanken wollte. Das Präsidialamt bezeichnete die Erinnerungen Kim Young-sams als „figment of his imagination filled with venom and arbitrary interpretations“ (*KT*/Internet, 20.2.2001). Allerdings gab das Präsidialamt zu, „einige Daten (seien) korrekt“. Aber KYS sollte zuerst seine eigenen Fehler darlegen: die Gefährdung der Beziehungen zu den USA, die Provokationen gegen Japan und die Währungskrise von 1997 seien Taten, die KYS „bereuen“ müsse (*KH*/Internet, 19.2.2001).

Das Präsidialamt Chong Wa Dae beendete schließlich überraschend den heftig geführten Konflikt um die Memoiren und erklärte im Februar einen einseitigen „Waffenstillstand“. Der Sprecher des Präsidenten erklärte, das Chong Wa Dae wolle die Bewertung der Memoiren dem Urteil der Leser überlassen. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft völlig überraschend alle Ermittlungsverfahren gegen GNP-Politiker eingestellt; im Zentrum der Ermittlungen stand zwar Lee Hoi-chang, der offenkundig als Präsidentschaftskandidat „demontiert“ werden sollte. Aber die Ermittlungen hätten zwangsläufig auch zu Kim Young-sam führen müssen und diese

Richtung lag offenbar nicht im Interesse der Regierung – und des Präsidenten (*Choson Ilbo*, 18.1.2001/FBIS-Internet, 18.1.2001)

## **8 Noch einmal politische Korruption: Auch Kim Young-sam verwickelt?**

In der düsteren politischen Geschichte Südkoreas ragen besonders zwei Politiker heraus, die lange Zeit als rühmliche Ausnahmen und als Symbole der jungen südkoreanischen Demokratie galten: Kim Young-sam und Kim Dae-jung, der jetzige Präsident. 1992 wurde Kim Young-sam als erster demokratischer Präsident nach Jahren der Militärdiktatur direkt vom Volk gewählt, 1997 folgte ihm sein früherer Weggefährte in der Opposition gegen die autoritären Regime, Kim Dae-jung. Jetzt hat ein Korruptionsskandal aus der Präsidentschaft Kim Young-sams den früheren Präsidenten eingeholt. Im Jahre 1996 sollen umgerechnet 160 Mio. DM aus der Staatsschatulle an die Regierungspartei geflossen sein, die damit 200 Kandidaten in den anstehenden Parlamentswahlen finanziell unterstützte – Parteichef war Kim Young-sam. Der frühere Präsident bestritt jede Kenntnis von missbräuchlich verwendeten Geldern und beschuldigte Kim Dae-jung, sich an ihm „politisch“ rächen zu wollen. Gerüchte über Korruptionsfälle, in die der damalige Präsident verwickelt gewesen sein sollte, hatte es schon während der Amtszeit Kim Young-sams gegeben. Aber erst zu Beginn des Jahres 2001 legte die Staatsanwaltschaft einige Details vor, die jedoch in der koreanischen Öffentlichkeit nicht den Verdacht ausräumten, dass hier in der Tat wieder ein Präsident mit seinem Vorgänger abrechnen wollte („A question of revenge“, *The Economist*, 27.1.2001: 64). Der Inlandsgeheimdienst (Agency for National Security Planning – NSP, heute: NIS – National Intelligence Service) soll 1996 aus Geheimkonten Gelder an Kandidaten der damaligen Regierungspartei New Korea Party (NKP, heute: GNP) weitergeleitet haben. Der frühere Chef der operativen Abteilung der NSP, Kim Ki-sop, war ein enger Vertrauter des „kleinen Prinzen“ Kim Hyon-chol, des Sohnes des damaligen Präsidenten Kim Young-sam, der hinter den Kulissen beträchtlichen politischen Einfluss ausübte. Die GNP kritisierte die Ermittlungen gegen die ehemaligen NSP-Agenten als Versuch, die Opposition zu schwächen und zu verleumden (*KT/Internet*, 4.1.2001). Wortgefechte wurden heftiger: Die GNP bezeichnete die Ermittlungen als einen Ausdruck von Präsident Kim Dae-jungs „neuer Diktatur“ (*KT/Internet*, 15.1.2001). Die schnelle Veränderung auf der politischen Szene führte dazu, dass auch die ULD verwickelt wurde: Die Staatsanwaltschaft deckte auf, dass auch ein ULD-Parlamentarier, der 1996 noch zur NKP gehörte, 200 Mio. Won illegale Wahlkampfspenden erhalten hatte; der Politiker ist heute geschäftsführender Vorsitzender der ULD. Damit stieg die Zahl der GNP-Kandidaten, die illegale Spenden erhielten, auf 186 (*KT/Internet*, 15.1.2001).

## 9 Neuer Chef der Regierungspartei MDP: Hahn Hwa-kap

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Millennium Democratic Party (MDP) auf ihrem Parteitag 2000 das höchste Führungsgremium (Oberster Parteirat) zu einem Teil in einem offenen Abstimmungsverfahren gewählt. Vier Mitglieder der Führungsmannschaft aus neun Funktionären wurden in dem Wahlverfahren bestimmt; überlegener Sieger unter 15 Kandidaten für den Obersten Parteirat war der langjährige Weggefährte Kim Dae-jungs, Hahn Hwa-kap. Er ist damit fast automatisch der aussichtsreichste Kandidat für die Präsidentenwahlen 2002, obwohl Kim Dae-jung immer wieder das Gegenteil behauptet hatte und von einem offenen Rennen um die Kandidatur in der MDP sprach. Die Partei hatte ihre Führungsriege im August 2000 umformiert und sich dabei erstmals eines offenen Abstimmungsverfahrens bedient, an dem 8.710 Parteitagsdelegierte teilnahmen; das Verfahren sollte ein Zeichen dafür sein, dass die Partei ihre Basisarbeit intensivieren möchte. Hahn Hwa-kap errang 57,3% der Stimmen und sicherte damit erneut die Führungsposition für die Gruppe von Spitzenpolitikern aus Kim Dae-jungs Heimatregion, den beiden Cholla-Provinzen. Der 61-jährige Hahn stammt aus Kims Geburtsstadt Mokpo in Süd-Cholla. Drei der gewählten Mitglieder des Obersten Parteirats (fünf werden ernannt) stammen ebenfalls aus der Cholla-Region, aber die Parteiführung wertete den Wahlausgang als Zeichen für eine Wandlung der MDP in eine echte überregionale, nationale Partei. Parteichef Suh Young-hoon verblieb auf seinem Posten, da er von Kim Dae-jung ernannt war (Yonhap, 30.8.2000/SWB, 1.9.2000). Parteipräsident bleibt Kim Dae-jung, der die MDP in seiner Grußadresse auf die fünf Hauptziele der Partei einschwor: Eintreten für die Menschenrechte, wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Wohlfahrt, nationale Einigkeit und interkoreanische Harmonie (KN, 9.9.2000: 8-9).

Hahn betonte zwar, dass sein eindrucksvolles Wahlergebnis nichts mit dem Rennen um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2002 zu tun habe, aber zweifellos wurde seine Position als einflussreichster MDP-Politiker nach Kim Dae-jung gestärkt. Er wird die verbleibende Zeit nutzen, um diese Position weiter zu stärken, und in der Führung der Partei Verbündete suchen. Bei der Wahl auf den zweiten Rang hinter Hahn kam Rhee In-je, der zwar weit abgeschlagen war (44,3%), aber immer noch eine einflussreiche Position in der MDP einnimmt. Rhee war erst 1997, nach den Präsidentenwahlen, in die MDP eingetreten; aus einer anfänglichen Außenseiterposition gelang es ihm, beträchtlichen Einfluss in der Partei aufzubauen; aber die deutliche Niederlage gegen Hahn dürfte seine Hoffnungen auf eine Kandidatur als MDP-Anwärter auf die Präsidentschaft stark reduziert haben. Er wird sich fürs erste darauf konzentrieren, seine innerparteiliche Machtbasis weiter auszubauen. Mit nur einem Prozentpunkt Abstand rückte Kim Joong-kwon auf den dritten Platz in der Führungsriege. Er ist der einzige Spitzenpolitiker der MDP-Führung, der kein Parlamentarier ist; seine Karriere begann er als Stabschef Kim Dae-jungs. Er ist eine zentrale Persönlichkeit für Kim Dae-jungs Ziel, die MDP zu einer echten nationalen Partei auszubauen, denn Kim stammt aus Kyongsang und konnte auf dem

Parteitag offenbar die Delegierten aus seiner Heimatregion hinter sich versammeln und so das Image der MDP als einer „Cholla-Partei“ ein wenig relativieren.

Das Parteiprogramm der MDP, das auf dem Parteitag verabschiedet wurde, umfasst als Schwerpunkte eine weitere große Sammelaktion zur Unterstützung Nordkoreas (jeder Koreaner soll einen Betrag spenden, um einen Kooperationsfonds von umgerechnet 840 Mio. DM aufzulegen), regelmäßige Familientreffen zwischen Nord- und Südkorea werden angestrebt, daneben will die MDP den Briefverkehr zwischen den beiden koreanischen Staaten normalisieren. So schnell wie möglich sollen die Bahnverbindungen zwischen Seoul und Shinuiju bzw. zwischen Seoul und Wonsan wieder hergestellt werden; schließlich soll der Kulturaustausch intensiviert werden. Die MDP tritt für einen Verbleib der US-Streitkräfte in Korea auch nach einer Vereinigung ein, Vorbild ist hier die „europäische Lösung“. Die wirtschaftspolitischen Aussagen des Programms rücken die Umstrukturierung der *chaebôl* und Fördermaßnahmen für die Klein- und mittelständische Industrie in den Vordergrund, um ihren technologischen Stand deutlich zu verbessern (KN, 9.9.2000: 9).

## 10 Noch ein neuer Parteichef der MDP: Kim Joong-kwon

Die zentrale Bedeutung, die Präsident Kim seinem früheren Stabschef Kim Joong-kwon zumisst, zeigte sich im Dezember 2000: Parteipräsident Kim Dae-jung ernannte Kim zum Vorsitzenden der MDP. Mit diesem Schritt unterstrich der Präsident einmal mehr seine Absicht, die größere Regierungspartei in allen Regionen Südkoreas zu verankern. Aber auch als Maßnahme gegen wiederum sinkende Popularität – ein Ergebnis schlechterer Wirtschaftsdaten und neuer Faktionskämpfe in der MDP – war die Ernennung Kim Joong-kwons zu sehen. Als Parteivorsitzender führt Kim die Geschäfte der Partei, die Präsident Kim Dae-jung aus rechtlichen Gründen nicht wahrnehmen kann. Auf einer Pressekonferenz anlässlich seiner Ernennung forderte Kim die MDP-Politiker auf, innerparteiliche Querelen und die Grabenkämpfe um eine MDP-Kandidatur für die kommenden Präsidentenwahlen zu beenden und sich auf Unterstützung für den Präsidenten bei der energischen Umsetzung von Reformprogrammen zu konzentrieren. Auf Nachfrage bestritt Kim allerdings, dass es in der MDP streitende Faktionen gebe, eine Behauptung, die angesichts der schwelenden Auseinandersetzungen um die Präsidentenkandidatur 2002 wohl kaum zu halten war; Kim Joong-kwon selbst hat hier Ambitionen (KN, 30.12.2000: 7).

Vorgänger Kims auf dem zweitwichtigsten Führungsposten in der Partei war Suh Young-hoon, der sein Amt niedergelegt hatte, nachdem die Zustimmungsrates für Partei und Regierung abgestürzt war. Die Ernennung Kim Joong-kwons zum Parteivorsitzenden sollte der südkoreanischen Öffentlichkeit signalisieren, dass Präsident Kim keinesfalls – wie immer behauptet – ausschließlich Cholla-Politiker in Spitzenpositionen setze, sondern jetzt auch die Kyongsang-Region berücksichtigen wolle. Kim Joong-kwon stammt aus Nord-Kyongsang, wo die Wähler in traditioneller Rivalität mit Cholla stets gegen Kim Dae-jung und die MDP gestimmt haben. Zwei

vakante Sitze im Obersten Parteirat besetzte Kim Dae-jung mit erfahrenen Parlamentariern, von denen einer gegen Kim Joong-kwon kandidiert hatte. Die Posten waren durch Rücktritte, u.a. von Suh Young-hoon, frei geworden. Die Ernennung Kim Joong-kwon stieß auf Kritik unter Abgeordneten, die andere Bewerber um die Präsidenten kandidatur stützen, da sie fürchten, dass Kim einen entscheidenden Vorsprung in diesem Wettbewerb erringen kann. Die Oppositionspartei GNP übte ebenfalls heftige Kritik, da sie in der Ernennung den offenkundigen Versuch erkannte, die Wählerbasis der GNP in der Kyongsang-Region zu schwächen. Kim seinerseits erklärte, er wolle die Beziehungen der Regierungspartei zur GNP verbessern und dabei seine guten Kontakte zu GNP-Chef Lee Hoi-chang nutzen; beide waren gleichzeitig Richter an demselben Gerichtshof (*KN*, 30.12.2000: 7).

## 11 Statt eines Ausblicks

Im April begann die 220. a.o. Parlamentssession – und damit kam der erste Test für das neue Kabinett. Eine Reihe wichtiger Gesetze standen zur Beratung und Verabschiedung an, die Dreierkoalition musste sich erstmals bewähren. Das Regierungsbündnis hat eine Ein-Stimmen-Mehrheit im Parlament und muss kontroverse Gesetze durchbringen: Menschenrechte, Regelung der Rolle von Apotheken und Ärzten (Ärztestreik 2000) sowie Reformen in Politik und Wirtschaft, die aus vergangenen Sitzungsperioden nach 2001 hinüberschleppt wurden. Die GNP wird auf die Bildung eines Untersuchungsausschusses dringen, der die Steuerprüfung in den großen Medien des Landes (s.o.) überwachen soll, und einen weiteren, der den gerade noch vermiedenen Zusammenbruch des nationalen Krankenversicherungssystems untersuchen soll. Gesetzesvorhaben hinsichtlich einer Verfassungsreform, des Parlamentsgesetzes, bezüglich des Gesetzes zur Politikfinanzierung und einer Reform des Wahlgesetzes (*Yonhap*, 2.4.2001/FBIS, 2.4.2001) standen ebenfalls zur Entscheidung an – das Ergebnis war offen.

### Literatur

- Nishioka, Jun (2001), „Kin Dai Chû seiken no genron tōsei“ [Gleichschaltung der Meinungsfreiheit in der Regierung Kim Dae-jung], in: *Gendai Korïa*, 3/2001 (Nr.409), S.12-13
- Kim, Young-sam (2000), „Kin Dai Chû noberu heiwashō wa inu mo warau“ [Nobelfriedenspreis für Kim Dae-jung: Da lachen ja die Hühner], in: *Bungei Shunjū*, 12/2000, S.196-200

**Patrick Köllner, Hrsg.**

**KOREA 2001**

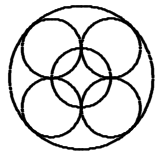
**Patrick Köllner, Hrsg.**

# **KOREA 2001**

**POLITIK  
WIRTSCHAFT  
GESELLSCHAFT**

mit  
Beiträgen  
von

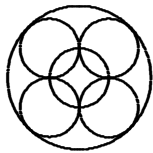
Rüdiger Frank  
Sebastian Harnisch  
Heiner Heseler  
Patrick Köllner  
Heinrich Kreft  
Hanns W. Maull  
Peter Mayer  
Dirk Nabers  
Manfred Pohl  
Michael Schloms  
Oliver Schramm  
Günter Schucher  
Bernhard Seliger



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-264-6  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2001

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: [duei-dok@uni-hamburg.de](mailto:duei-dok@uni-hamburg.de)).